

ABTV-Sitzung am 19.05.2025

Gegenüberstellung: Der Protokollentwurf und die beantragten Änderungen und Ergänzungen

Seite 3 – Bebauungsplan "Alte Straßenmeisterei" (Diehl Defence Firmenzentrale)

Beantragte Änderungen von Stadtrat Peters:

Änderung Peters	Protokollentwurf
Stadtrat Peters: Von den Bürgern werde zurecht der Einwand vorgebracht, dass der Baukomplex für die Umgebung zu massiv ist und eigentlich ins Industriegebiet gehört. Er hätte es begrüßt, wenn die Bereitschaft dagewesen wäre, die Höhe um ein paar Meter zu senken, bzw. wenn die Stadtverwaltung hier hartnäckiger verhandelt hätte. Auf der anderen Seite sei das Unternehmensinteresse verständlich, sich gerade mit diesem Standort am See eine repräsentative Firmenzentrale zu bauen. Das Interesse der Stadt wiederum sei es, den Unternehmensstandort zu festigen, weil Diehl Defence eine erhebliche Einnahmenquelle darstellt. Unter Abwägung dieser drei widersprüchlichen Interessen, komme er zu dem Ergebnis, dass der Schaden durch die Beeinträchtigung des Stadtbildes in diesem Fall leider hinzunehmen ist. Abschließend möchte er noch eine Anregung an Diehl Defence loswerden:	Stadtrat Peters: Generell ist zu sagen, dass Bürger die Planung als zu hoch empfinden und man von vornherein hätte einiges anders gestalten können. Da man nunmehr jedoch alle Einwendungen der Höhe und der Solitärstellung des Gebäudes akzeptieren muss möchte er abschließend eine Bitte äußern:
Unter einer verantwortungsvollen Regierung könne das Rüstungsunternehmen einen wertvollen Beitrag zur Landesverteidigung leisten. Bei der aktuellen Regierungspolitik würde er sich jedoch wünschen, dass auf dem Dach eine gut erkennbare Markierung angebracht wird, die einer russischen Oreschnik-Überschallrakete die Zielfindung erleichtert, um damit die Überlinger Einwohner vor unnötigen Kollateralschäden zu bewahren.	Er hätte gerne auf dem Dach eine Kennzeichnung der Firma Diehl, damit die Russen das Gebäude bei einem Angriff leichter ausmachen können und somit ein Angriff erleichtert wird.

Seite 5 – Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben (Windkraft Hochbühl)

Beantragte Änderungen von Stadträtin Siemensmeyer:

Änderung Siemensmeyer	Protokollentwurf
<u>Stadträtin Siemensmeyer</u> : Heute soll ja nur zu den Änderungen Stellung bezogen werden. Die Flächenrücknahmen bei Nesselwangen und Brachenreute sind richtig entschieden worden. Der Hochbühl ist ein großes, langjährig bekanntes Fledermausgebiet. Rein rechtlich betrachtet sind die Änderungen heute eher positiv zu betrachten.	<u>Stadträtin Siemensmeyer</u> : Heute soll ja nur zu den Änderungen Stellung bezogen werden. Nesselwangen und Brachenreute haben richtig entschieden mit ihrer Rücknahme. Dort ist ein großes Fledermausgebiet. Rein rechtlich betrachtet sind die Änderungen heute eher positiv zu betrachten.

Seite 6 – Bebauungsplan "Rauensteinstraße Ost" (Landschaftspark St. Leonhard)

Beantragte Änderungen von Stadtrat Peters:

Änderung Peters	Protokollentwurf
<u>Stadtrat Peters</u> : Die Sitzungsvorlage ist leider sehr dürftig: Es gibt keine Informationen über die Beschaffenheit der Fläche, die Begründung der Erforderlichkeit beruht auf einer veralteten Datenbasis und es werden auch keine Alternativen in Betracht gezogen. Deshalb will er das jetzt nachholen.	<u>Stadtrat Peters</u> : Die Sitzungsvorlage ist sehr dürftig und es gibt keine Informationen über die Beschaffenheit der Flächen.
Bei der Fläche handelt es sich um einen Teil des Landschaftsparks St. Leonhard, der vor 25 Jahren als Hotspot biologischer Vielfalt ins Leben gerufen wurde. Die in der Sitzungsvorlage genannte „Initiative zur Belebung des Landschaftsparks Überlingen-Deisendorf“ kenne er nicht, jedoch eine mit dem Namen „Bürgerinitiative Landschaftspark St. Leonhard“. Wenn diese Initiative gemeint sei, möchte er wissen, wer sich in der Stadtverwaltung den Fantasienamen mit welcher Motivation ausgedacht hat. Immerhin werde mit dem Fantasienamen suggeriert, dass der Landschaftspark St. Leonhard nicht belebt wäre und erst noch belebt werden müsste, was grob irreführend ist. Die Bürgerinitiative Landschaftspark St. Leonhard weist tatsächlich mit zwei artenschutzrechtlichen Gutachten auf ihrer Homepage das genaue Gegenteil nach. Er	Er erklärt, dass es sich um einen Teil des Landschaftsparks handelt. Er stellt einige Aussagen, die seines Erachtens kontrovers sind, gegenüber und versucht seine Sicht zu erläutern.

möchte wissen, ob der Auftraggeber dieser beiden Gutachten womöglich die Stadt Überlingen selbst war, und wenn ja, warum sie dann den Stadträten nicht bereits als Anlage zum heutigen Tagesordnungspunkt ausgehändigt wurden.	
Er führt aus den Gutachten an, dass die streng geschützte Zauneidechse flächendeckend gefunden wurde und für diese in allen Teilbereichen günstige Habitateigenschaften bestehen. Insbesondere im Bereich der Kleingartenfläche werde die Population der Zauneidechsen als reproduktionsfähig eingestuft. Laut den Gutachten werden erhebliche artenschutzrechtliche Konflikte mit den Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes erwartet. Er weist auf die enormen Kosten einer Umsiedlung hin.	Artenschutzrechtlich äußert er sich über die Zauneidechse, die laut seiner Nachforschung in dem Gebiet angesiedelt sein soll.
Er erinnert daran, dass die Heinz-Sielmann-Stiftung letztes Jahr der Stadt Überlingen den Deutschen Biodiversitätspreis für ihr Engagement zur Förderung der Biodiversität auf kommunalen Flächen verliehen hat. Der Preisträger müsse sich in herausragendem Maße für den Erhalt der biologischen Vielfalt einsetzen.	Letztes Jahr hat die Heinz – Sielmann – Stiftung der Stadt Überlingen den deutschen Biodiversitätspreis verliehen. Die Bedeutung liegt wohl darin, dass der Empfänger dieses Preises sich in herausragendem Maße für den Erhalt der biologischen Vielfalt einsetzen muss.
Deshalb stellt er jetzt den Änderungsantrag: Zu den bestehenden zwei Punkten des Beschlussvorschlags der Verwaltung wird die folgende Nummer 3 hinzugefügt: "Die Stadt Überlingen gibt den Deutschen Biodiversitätspreis zurück."	Da das aus seiner Sicht bei der Stadt Überlingen, in Hinblick auf dieses Projekt, sich nicht so darstellt, beantragt er, den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit Punkt 3 zu ergänzen. Inhalt von Punkt 3 soll sein: Stadtrat Peters stellt folgenden Antrag, welchen er schriftlich einreichen wird: "Die Stadt Überlingen gibt den Deutschen Biodiversitätspreis zurück."
Als nächstes kommt er auf die Begründung des Beschlussvorschlags in der Sitzungsvorlage zu sprechen. Die Notwendigkeit des Wohnbaus werde darin wieder allein mit der empirica-Bedarfsanalyse aus dem Jahr 2019 begründet. Es	Die Sitzungsvorlage wird von ihm wieder mit einer Bedarfsanalyse aus dem Jahr 20219 begründet. Man nimmt die Prognosen von vor 7 Jahren ohne zu schauen, wie der Bedarf sich heute darstellt.

wird also auf Prognosen von vor sieben Jahren über die heutige Zeit zurückgegriffen, anstatt einfach zu schauen, wie der Stand heute ist.	
Und der sei tatsächlich ganz anders. So erwarte die Bedarfsanalyse ein Einwohnerwachstum in den ersten fünf Jahren von 2018 bis 2023 in Höhe von 200 Menschen, während sich die Zahl der Einwohner in dem Zeitraum tatsächlich aber um etwa 650 Menschen erhöhte. Er fragt, was der Grund dafür sei, dass man die Begründung auf eine überholte und damit falsche Datengrundlage stützt? Unabhängig davon lasse sich aus der empirica-Bedarfsanalyse gar keine Notwendigkeit des Wohnbaus ableiten. Der von empirica ermittelte Bedarf an Neubauwohnungen bis 2023 beträgt 468 Wohnungen. Der vom Landesamt für Statistik ermittelte tatsächliche Neubau bis 2023 beträgt 756 Wohnungen. Wir hätten demnach 2023 einen Wohnungsüberschuss von 288 Wohnungen. Auch der von empirica ermittelte Bedarf an Neubauwohnungen bis 2030 von 917 Wohnungen werde locker erfüllt, denn dem rechnerisch verbleibenden Bedarf von 161 Wohnungen stehen im Kramer-Areal mehr als 500 und in Südlich Härden 117 geplante Wohnungen gegenüber. Damit entfalle der in der Sitzungsvorlage angeführte Grund, diesen Bebauungsplan aufzustellen. Als nächstes will er auf die tatsächliche Entwicklung des Wohnungsmarkts zu sprechen kommen.	Stadtrat Peters fährt fort mit seiner Darstellung.
<u>BM Kölschbach:</u> bittet Stadtrat Peters auf den Punkt zu kommen. Wir diskutieren hier nicht den generellen Wohnungsmarkt, sondern den städtebaulichen Entwurf. Dazu kann er gerne mitteilen, was ihn stört. Sollte Stadtrat Peters weiterhin nicht zum Kern seiner Aussage kommen, wird der Redebeitrag beendet.	<u>BM Kölschbach:</u> bittet Stadtrat Peters auf den Punkt zu kommen. Wir diskutieren hier nicht den generellen Wohnungsmarkt, sondern den städtebaulichen Entwurf. Dazu kann er gerne mitteilen, was ihn stört. Sollte Stadtrat Peters weiterhin nicht zum Kern seiner Aussage kommen, wird der Redebeitrag beendet.

Stadtrat Peters erklärt, dass er mit der tatsächliche Entwicklung des Wohnungsmarkts fortfahren wird.	Stadtrat Peters fährt fort mit seiner Darstellung des Wohnungsmarktes und der Analyse von 2019.
BM Kölschbach entzieht ihm das Wort, wie vorab angekündigt.	BM Kölschbach entzieht ihm das Wort, wie vorab angekündigt.
...	...
Stadtrat Büchele sagte in seinem Wortbeitrag, dass eine hohe Mietwohnnachfrage vorhanden sei, die wir nur auf städtischen Flächen bereitstellen können.	
Stadtrat Kretzdorn sagte in seinem Wortbeitrag, dass er Überlinger Familien zurückholen wolle, die keinen Platz mehr in Überlingen gefunden hätten.	
Stadtrat Wörner sagte in seinem Wortbeitrag: Wer die Topographie kennt, weiß dass keine einzige von diesen Wohnungen Seesicht haben wird. Weiter sagte er, dass das Gelände im Gegensatz zum Kramerareal der Stadt gehöre und hier günstiger Wohnraum geschaffen werden kann.	
Stadtrat Sorms sagte in seinem Wortbeitrag, dass Bedarfsrechnungen sehr schwierig seien und er sich lieber auf seine eigenen Wahrnehmungen verlasse. Er bekomme häufig Anfragen, ob er eine Wohnung vermitteln könne. Daraus schließe er, dass es einen großen Bedarf an Wohnraum gebe, der am Markt vorbei gehe. Die Stadt müsse günstigen Wohnraum schaffen. Eine Verkleinerung des Gebiets schaffe nur das Problem, anderswo den Wohnraum schaffen zu müssen.	
Stadträtin Siemensmeyer sagte in ihrem Wortbeitrag, dass der Bedarf an günstigem Wohnraum unstrittig sei.	